

Candriam ESG Analysts Team | Juni 2020

Gerechte energiewende: auswirkungen auf stromerzeuger in europa

CANDRIAM 
A NEW YORK LIFE INVESTMENTS COMPANY

Dieses Dokument ist eine Zusammenfassung der Candriam-Studie "Gerechte Energiewende": Auswirkungen auf die europäischen Stromerzeuger"

Diese Ansätze für einen gerechten Übergang verfolgen die größten Stromerzeuger Europas.

Unter einem gerechten Übergang ist ein Rahmen zu verstehen, dessen Ziel darin besteht, die negativen sozialen Auswirkungen für die von der Energiewende zu einer emissionsarmen Wirtschaft betroffenen Arbeitnehmer und Gemeinschaften zu minimieren und die positiven Chancen zu maximieren.

Mehr als zwei Drittel der Engagement-Initiativen von Candriam befassen sich unmittelbar mit den drei zentralen Komponenten eines gerechten Übergangs: Energiewende, faire Arbeitsbedingungen und Geschäftsethik.

Heute sind 30 Millionen Arbeitnehmer im Energiesektor Europas beschäftigt. Für die Dekarbonisierung der Wirtschaft wird es erforderlich sein, dass Ressourcen – Humanressourcen, finanzielle und regulatorische Ressourcen – massiv von emissionsstarken Aktivitäten weg in emissionsarme oder völlig neue Bereiche umgeschichtet werden. Unverzichtbar für die Bürgerinnen und Bürger Europas wird sein, dass die Kosten des Übergangs und der Nutzen daraus gerecht verteilt sind.

Ein wichtiger erster Schritt beim Dialog mit Unternehmen zu den Modalitäten des von ihnen während des Übergangs betriebenen regionalen und nationalen Arbeitskräftemanagements ist Transparenz. Das Team der ESG-Analysten von Candriam hat die größten Stromerzeuger Europas befragt, um sich ein Verständnis dafür zu verschaffen, wie sie den Rahmen für einen gerechten Übergang in ihre Geschäftsabläufe integrieren. Zudem haben wir mit Unternehmen, Gewerkschaften, Forschungsinstituten und Verbraucherverbänden Gespräche geführt, um sicherzustellen, dass die folgende Frage von uns ganzheitlich betrachtet wurde: *Können wir ruhig davon ausgehen, dass niemand zu kurz kommt?*

„Wenn der Übergangsprozess nicht gerecht ist, wird auch das Ergebnis des Übergangs nicht gerecht sein.“ Climate Justice Alliance

Mitarbeiter: Von der Abmilderung des Abbaus von Arbeitsplätzen zur Nettoarbeitsplatzschaffung

Beim Betrachten der Neubeschäftigung für Mitarbeiter während der Energiewende gibt es für uns zwei wichtige Elemente: Das makroökonomische Element der auf die Entwicklung neuer Technologien zurückzuführenden Nettoarbeitsplatzschaffung und ein schwierigeres mikroökonomisches Element, wonach neue Arbeitsplätze zu den abgebauten Arbeitsplätzen passen müssen, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, und in gewissem Maße auch in regionaler Hinsicht. Auf mikroökonomischer Ebene gibt es zahlreiche Faktoren zu berücksichtigen: Abstimmung der benötigten Qualifikationen mit dem Umschulungs- und Weiterqualifizierungspotenzial, Schaffung von Arbeitsplätzen am richtigen Ort sowie richtige zeitliche Einteilung – neue Beschäftigungsmöglichkeiten müssen zur Verfügung stehen, wenn alte Arbeitsplätze verschwinden, nicht erst fünf Jahre später.

Die deutsche Kohlekommission schätzt, dass allein in Deutschland 60.000 Arbeitsplätze direkt beziehungsweise indirekt vom Einsatz von Kraftwerkskohle abhängig sind.

Auswirkungen auf Gemeinschaften: Keine Universallösung

Stromversorgungsanlagen haben oft eine beträchtliche Größe, mit potenziellen Auswirkungen auf regionale und nationale Gemeinschaften. Die durch sie erbrachten Leistungen sind aber für die sozioökonomische Entwicklung von Regionen äußerst wichtig. Zur Schaffung eines Ausgleichs in diesen Zielkonflikten sind heute bei fast allen großen Projekten im Zusammenhang mit Versorgungsunternehmen Bewertungen der Umweltverträglichkeit und der sozialen Verträglichkeit vorgeschrieben. Dazu gehören auch offizielle Anhörungen der Gemeinschaften im Rahmen des regulatorischen Genehmigungsprozesses.

Bei unserem Dialog mit Stromerzeugern in Europa haben wir festgestellt, dass in jeder Gemeinschaft unterschiedliche Aspekte in Betracht gezogen werden müssen und dass es so etwas wie eine Universallösung nicht gibt.

Beispielsweise versucht der italienische Energiekonzern Enel, ehemalige mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke in Industrieflächen umzuwandeln, damit in den betroffenen Gemeinschaften Arbeitsplätze geschaffen werden. RWE in Deutschland übernimmt die Kosten des Übergangs von Arbeitskräften gemeinsam mit dem Bund. Der spanische Energiekonzern Iberdrola gibt bei Dienstleistungen und Ausrüstungen lokalen Anbietern den Vorzug, um in den betroffenen Gebieten indirekt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der an die in Europa verbreitete Akzeptanz von Offshore-Windfarmen gewohnte dänische Energiekonzern Ørsted musste in den USA nicht nur Umweltschutzanstrengungen über lokale Organisationen unternehmen, sondern diese Schutzmaßnahmen auch der kommerziellen Fischerei gegenüber kommunizieren.

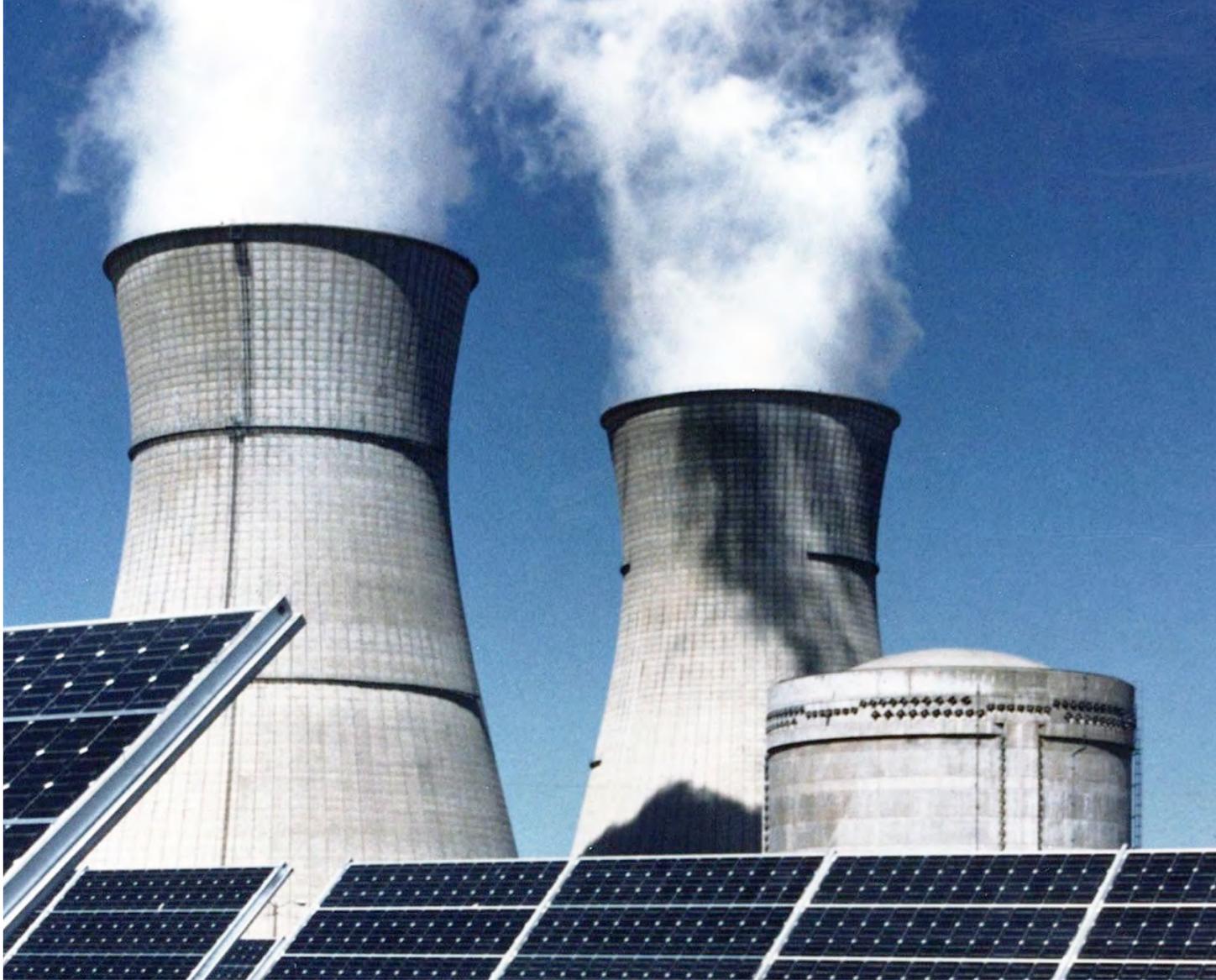
Mit Transparenz und Dialog zu einem gerechteren Übergang

Als auf Nachhaltigkeit bedachte Anleger begrüßen und fördern wir Transparenz bei den Stromerzeugern Europas, auch ihre Meinung dazu, welche Stakeholder in den Prozess des gerechten Übergangs involviert sein sollten. Unsere Aufgabe besteht darin, Unternehmen, Stakeholder und Gemeinschaftsakteure im Auge zu behalten und mit ihnen zu sprechen, um uns ein Verständnis für das gesamte „Ökosystem“ zu verschaffen.

Die Relevanz ist unserer Feststellung nach davon abhängig, in welcher Phase der Entwicklung zu umweltfreundlichen Energietechnologien sich das jeweilige Unternehmen befindet. Alle Unternehmen stehen vor mehr oder weniger großen Herausforderungen und entwickeln diesbezügliche Strategien. Bedingt durch die spezifischen Eigenheiten der einzelnen Unternehmen und die Divergenzen zwischen ihrem Geschäft und den Gemeinschaften, in denen sie tätig sind, empfehlen wir einen auf dem jeweiligen Einzelfall basierenden Ansatz, um zu erfassen, wie sie mit diesen neuen Risiken und Chancen umgehen.

Das Thema ist zwar komplex, keine Frage. Dennoch bemühen wir uns um weitere Offenlegungen und begrüßen es, wenn Unternehmen in Eigeninitiative Informationen über die von ihnen verfolgten Ansätze für einen gerechten Übergang bereitstellen. Diese Transparenz würde es Anlegern ermöglichen, Risiken und Chancen besser einzuschätzen. In der Rolle, die wir bei der Allokation von Kapital spielen, bieten wir Unternehmen einen Anreiz, sich mit dem Thema zu beschäftigen, ohne zwangsläufig auf staatliche Interventionen zu warten.

[Hier finden Sie die komplette Studie](#)



130 Mds €

verwaltetes Vermögen
zum 31. Dezember 2019



550+

experten in
Ihrem Dienst



20 Jahre

Vorreiter für
nachhaltiges Investieren

Dieses Dokument dient nur zu Informations- und Bildungszwecken und kann die Meinung von Candriam sowie urheberrechtlich geschützte Informationen enthalten. Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Meinungen, Analysen und Ansichten dienen nur zu Informationszwecken und stellen weder ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten dar, noch stellen sie eine Anlageempfehlung dar oder bestätigen irgendeine Art von Transaktion.

Candriam lässt bei der Auswahl der in diesem Dokument genannten Daten und ihrer Quellen größte Sorgfalt walten. Dennoch können Fehler oder Auslassungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Candriam haftet nicht für direkte oder indirekte Schäden oder Verluste, die aus der Verwendung dieses Dokuments entstehen könnten. Die Rechte von Candriam am geistigen Eigentum sind jederzeit zu wahren. Eine Vervielfältigung des Inhalts dieses Dokuments ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung seitens Candriam zulässig.

Das vorliegende Dokument ist kein Finanzanalyse gemäß der Definition in Artikel 36 §1 der delegierte verordnung (EU) 2017/565. Candriam verweist darauf, dass dieses Dokument nicht in Einklang mit Rechtsvorschriften zur Förderung der Unabhängigkeit von Finanzanalysen erstellt wurde und auch keinem Verbot des Handels im Anschluss an die Verbreitung von Finanzanalysen unterliegt.

Dieses Dokument ist nicht dazu bestimmt, ein Produkt oder eine Dienstleistung zu fördern und/oder anzubieten und/oder zu verkaufen. Das Dokument soll auch nicht dazu dienen, eine Anfrage zur Erbringung von Dienstleistungen zu erbitten.